

Merkblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten
(Informationspflicht nach Art. 13 DS-GVO - Direkterhebung beim Betroffenen)

1. Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Landkreis Eichsfeld
Der Landrat
Friedensplatz 8
37308 Heilbad Heiligenstadt

Finanzverwaltungsamt / Kreiskasse
Telefon 03606 / 650 2030
Fax 03606 / 650 9035
E-Mail finanzverwaltungsamt@kreis-eic.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Landkreis Eichsfeld
An den Datenschutzbeauftragten
Friedensplatz 8
37308 Heilbad Heiligenstadt

Telefon 03606 / 650 1060
Fax 03606 / 650 9000
E-Mail datenschutz@kreis-eic.de

3. Zwecke der Datenverarbeitung

Es werden nur die Daten erhoben, die für die Erfüllung des jeweiligen Zweckes erforderlich sind. Diese Zwecke können sein:

Abwicklung Kassen- und Zahlungsverkehr; Stundungs- und Niederschlagungsverfahren sowie Erlassverfahren; Widerspruchsverfahren; Buchung Bankbelege; SEPA-Lastschriftverfahren; Mahnwesen; Insolvenzverfahren; Vollstreckungsverfahren von Geldforderungen; Fahrzeugstilllegung

4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von:

Art. 6 Abs. 1 lit.c Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO), Art. 6 Abs. 1 lit. e DS-GVO sowie nach § 16 Thüringer Datenschutzgesetz (ThürDSG) gegeben. Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung Doppik, Thür Kommunalabgabengesetz, Thüringer Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetz (ThürVwZVG) und Verordnungen dazu; Abgabenordnung; Insolvenzordnung; Ergänzende Rechtsnormen des Bundes und des Landes; Thüringer Kommunalordnung; Satzungen des Landkreises Eichsfeld; Verwaltungskostenordnung zum ThürVwZVG; Thüringer Verwaltungskostengesetz; Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz; Verwaltungsgerichtsordnung; Bürgerliches Gesetzbuch; Gesetz zur Begleitung der Verordnung (EU) Nr. 260/2012 zur Festlegung der technischen Vorschriften und der Geschäftsanforderungen für Überweisungen und Lastschriften in Euro und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 924/2009 (SEPA- Begleitgesetz); Gesetz über Ordnungswidrigkeiten; Bundesmeldegesetz; Fahrzeug-Zulassungsverordnung und Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr; Zivilprozessordnung

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Ihre personenbezogenen Daten erhalten, wenn erforderlich, folgende Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern:

innerhalb des Verantwortlichen:

Sachgebiet Finanzbuchhaltung; Sachgebiet Zahlungsabwicklung und Vollstreckung (Kreiskasse); Adressverwaltung und Belegarchivierung; Amtsleitung; Fachämter

Auftragsverarbeiter:

Fachprogramm Softwareanbieter zur Datenverarbeitung, Banken, Sparkassen und Kreditbanken, Unternehmen zur Datenträgervernichtung

Dritte (außerhalb des Verantwortlichen):

Gesetzliche Vertreter; Bevollmächtigte; Betreuer; Verwalter; Vollstreckungsbehörden; Gerichtsvollzieher und Gerichte; Um Vollstreckung ersuchende Behörden und Einrichtungen wie Beliehene; Thüringer Landesverwaltungsamt als Widerspruchsbehörde; Bundeszentralamt für Steuern; Deutsche Rentenversicherung; Sozialämter; Jobcenter; Arbeitsagenturen; Kreditinstitute; Drittschuldner wie Arbeitgeber, Finanzämter etc.

6. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt.

7. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer

Landkreise dürfen ihnen bekannte Daten, die sie bei der Vollstreckung kommunaler Abgaben verwenden dürfen, auch bei der Vollstreckung wegen anderer öffentlich-rechtlicher Geldforderungen sowie Geldforderungen des bürgerlichen Rechts nutzen, soweit sie nach dem ThürVwZVG vollstreckt werden. Daher werden die Daten so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen für die Einleitung und Durchführung des Mahn- und Vollstreckungsverfahrens sowie die Abwicklung des Zahlungsverkehrs erforderlich ist.

Über die Zeitdauer der Abwicklung hinaus beträgt die Speicherdauer, gem. § 32 ThürGemHV-Doppik und unter Berücksichtigung des § 37 b ThürVwZVG, grundsätzlich 10 Jahre.

8. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung

Die nachfolgenden Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DS-GVO).

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DS-GVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verar-

Merkblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten (Informationspflicht nach Art. 13 DS-GVO - Direkterhebung beim Betroffenen)

beitet die personenbezogenen Daten dann grundsätzlich nicht mehr (Art. 21 DS-GVO).

Sie haben das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten und diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln, (Art. 20 DS-GVO).

9. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO. Dies ist in Thüringen der

Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Häßlerstraße 8
99096 Erfurt
www.tlfdi.de

10. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist gesetzlich vorgeschrieben.

Die Folgen Ihrer Nichtbereitstellung sind:
Keine Auszahlung von Guthaben; kein Zustandekommen von Stundungs- und Ratenzahlungsvereinbarungen; kostenpflichtige Mahnung und Beitreibung, insbesondere Vermögensauskunft als Vollstreckungsmaßnahme

11. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs.1, 4 DS-GVO

Eine automatisierte Entscheidungsfindung / Profiling findet in der Finanzverwaltung nicht statt.

12. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden.